

FÜR SACHSENS ZUKUNFT. UNSER EUROPA.

Sachsen liegt geographisch im Herzen Europas. Emotional und politisch ist die Europäische Union nicht immer so nah: Bürokratische Regeln zum Datenschutz, schwierige Verhandlungen in der Währungs- und der Flüchtlingskrise oder das aktuelle Chaos um den Brexit. Liegt Sachsens Zukunft noch in Europa? Die Sächsische Union antwortet klar auf diese Frage: Ja! Gemeinsam wollen wir Europa besser machen. Doch gesellschaftlicher Zusammenhalt, ob in Sachsen oder in Europa, ist ein Gefühl, welches Vertrauen und Identifikation voraussetzt. Die Nationalstaaten und die Identität ihrer Völker sind prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Damit der proeuropäische Gedanke im Bewusstsein eines Jeden verankert ist, muss Europa zu unserer Herzensangelegenheit werden. Das kann nur im Zuge des Lebens und Erlebens von Europa geschehen.

Das große europäische Friedensprojekt ist bis heute eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Sachsen profitiert von der Sicherheit in Europa, der Reisefreiheit, vom Binnenmarkt und von der Strukturförderung. Die veränderten Rahmenbedingungen verlangen aber, dass sich die Europäische Union weiterentwickelt.

Wir arbeiten für ein Europa, das handlungsfähiger ist, schnellere Entscheidungen trifft und das Prinzip der Subsidiarität respektiert. Dieses Europa muss wieder ein stärkeres Sicherheitsgefühl bieten. Unser Europa wird gemeinsam die Migrationspolitik neu ordnen, lückenlosen Grenzschutz gewährleisten – auch mit Frontex als operativer Grenzpolizei.

Unser Europa wird nach Außen mit einer Stimme sprechen, in den dramatischen Veränderungen der Weltpolitik wird dieses Europa zusammenstehen und stärker werden. Unser Europa wird die mittel- und osteuropäischen Staaten besser im Blick haben.

Unser Europa wird Innovation fördern, Industrie und Startups unterstützen, neue Arbeitsplätze schaffen. Unser Europa fördert die Landwirtschaft und entwickelt die Infrastruktur und Mobilität der Zukunft. Bei der digitalen Transformation müssen wir in unserem Europa darauf achten, den Wandel und seine Chancen zu nutzen, ohne dabei bewährte und erreichte Werte in Gefahr zu bringen.

Wir haben klare Vorstellungen für Europa. Bei den anstehenden Europawahlen geht es um diese Ideen. In einem veränderten Europa hat Sachsen eine gute Zukunft, eine starke Heimat. Als Sächsische Union wollen wir unseren Beitrag dazu leisten.

FÜR SACHSENS ZUKUNFT. UNSER EUROPA.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

In den Grenzregionen kommt die europäische Zusammenarbeit in besonderer Weise zum Ausdruck. In ihnen sind Austausch und Kooperation in Europa erlebbar. Den Freistaat Sachsen verbinden jahrhundertlang, teils enge Kontakte und gemeinsame Erfahrungen mit seinen Nachbarn in Mittel- und Osteuropa. Insbesondere prägte uns die Zeit vor und während der friedlichen Revolutionen 1989. Die Spaltung Europas wurde in einer mitteleuropäischen Freiheitsrevolution überwunden.

Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Freistaates Sachsen war und bleibt auf das engste verbunden mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik. Die Sächsische Union wird sich – neben dem regelmäßigen, gegenseitigen Austausch auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene – für den Erhalt und die Stärkung der seit 2012 bestehenden Verbindungsbüros in Prag und Breslau einsetzen.

Aus gemeinsamen geschichtlichen Erfahrungen streben wir eine gute Zusammenarbeit mit den Visegrád-Staaten an. Unsere Wirtschaft ist auf das engste verflochten. Aber neben den gemeinsamen Wirtschaftsinteressen müssen gemeinsame Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Gleichzeitig wollen wir die Brückenfunktion Sachsens zwischen Ost- und Westeuropa stärken. Wir wollen ebenfalls, dass die Sorben mit ihrer sprachlichen und kulturellen Erfahrung gute Beziehungen zu unseren Nachbarn unterstützen.

Internationale Kooperation

Die Zukunft von Sachsen liegt im „Dreiländereck“ zwischen dem Freistaat Sachsen, der Republik Polen und der Tschechischen Republik. Darüber hinaus ist der Freistaat Sachsen mit einer Reihe weiterer Regionen außerhalb der Europäischen Union eng verflochten. Diese internationalen Beziehungen sind zu pflegen und zu optimieren, damit sich der Freistaat Sachsen zu einem Zukunftsstandort entwickeln kann.

Der Freistaat Sachsen hat Partner in vielen Regionen der Welt. Mit ihnen wollen wir auch in Zukunft gut zusammenarbeiten. Einen neuen Fokus wollen wir auf die Ukraine legen. In Kiew soll ein neues Verbindungsbüro entstehen mit Fokus auf politischen Austausch und der Anwerbung von Fachkräften.

Die deutsch-russischen Beziehungen befinden sich auch weiterhin in schwerem Fahrwasser. Die Sächsische Union erachtet es als erforderlich, neue Impulse zu setzen. Wir setzen uns für die zügige Abschaffung der Sanktionen ein. Zugleich rücken wir nicht von unserem Verständnis von Demokratie, Meinungsfreiheit und staatlicher Souveränität in der internationalen Politik ab. Nur auf dieser Basis kann eine Annäherung gelingen. Gleichfalls ist es im sächsischen Interesse, die Kontakte mit anderen Staaten im östlichen Europa zu intensivieren.

Deutschland und der Freistaat Sachsen haben ein einzigartiges Verhältnis zu Israel. Es ist nicht selbstverständlich und fast ein Wunder, dass nach den

FÜR SACHSENS ZUKUNFT. UNSER EUROPA.

schrecklichen Verbrechen der Shoah Freundschaft und Verbundenheit zwischen unseren Gesellschaften entstanden sind. Für die Sächsische Union steht fest: Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind nicht verhandelbar.

Die Vielfalt der Partnerschaften muss auch künftig im gegenseitigen Interesse gestaltet werden. Sachsen hat stets von seiner Internationalität und dem Austausch von Menschen und Ideen profitiert.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Welt hat sich in den vergangenen Jahren durch die globalen Herausforderungen sowie durch neu entstandene Kriegs- und Krisengebiete deutlich verändert.

Mit dem Aufholprozess, den der Freistaat Sachsen seit der Wiedervereinigung gegangen ist, haben wir auch Verantwortung für Regionen in der Welt übernommen. Sachsen will sich weiter bei der Entwicklungszusammenarbeit engagieren und stockt den Haushalt schrittweise auf 700.000 Euro auf. Das Ziel der Sächsischen Union ist es, von der Krisenintervention hin zu nachhaltigen Projekten zu kommen. Wir wollen die Menschen vor Ort unterstützen, damit sie ihre Heimatländer nicht verlassen müssen: aktuell im Nahen Osten und in Afrika.

Die Verpflichtung zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit folgt unserem christlich-jüdischen Menschenbild. Wir sind dankbar für die vielen meist ehrenamtlich von sächsischen Vereinen und Organisationen getragenen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und wollen diese auch weiterhin finanziell unterstützen.

Die Sächsische Union unterstützt, dass entwicklungspolitische Veranstaltungen und Bildungsmaßnahmen für nachhaltige Entwicklung durchgeführt werden und tritt für Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung ein.

Die sächsische Rolle in der Europäischen Union

Die Sächsische Union setzt sich für ein starkes Europa der Regionen ein. Wir stehen fest zum Gedanken der europäischen Einigung und des europäischen Zusammenhalts. Die politische Idee Europas ist ein kostbares Gut. Sie steht für Frieden unter den Völkern und eine faire Zusammenarbeit. Dabei gilt es für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der EU stets abzuwägen, was beibehalten, was reformiert und was abgeschafft werden muss, damit die Leistungsfähigkeit des europäischen Staatenverbundes erhalten bleibt. Die EU muss stärker und besser werden. Dort wo es Fehlentwicklungen gibt, müssen diese korrigiert werden. Nur Reformfähigkeit sichert die Zukunft der Europäischen Union.

Sachsen liegt im Herzen Europas und uns liegt Europa am Herzen. Unser Land profitiert ganz besonders von der Europäischen Union. Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, dass Sachsen die Vorteile und Chancen nutzt, die Europa uns bietet. Zugleich leisten wir unseren Beitrag, damit die europäische Idee auch in Zukunft gelingt.

FÜR SACHSENS ZUKUNFT. UNSER EUROPA.

Historische Herausforderungen, wie etwa der Austritt Großbritanniens aus der EU und nicht nachhaltig beseitigte Krisen in EU-Mitgliedstaaten, erfordern weitreichende Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Staatengemeinschaft.

Auch in Zukunft wollen wir die positiven Effekte nutzen und Sachsen zu einem führenden Wirtschaftsstandort in der EU machen. Deshalb wird sich die Sächsische Union für eine auf den gemeinsamen Werten der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, der Demokratie und Rechtstaatlichkeit basierende Europäische Union sowie die Schaffung eines bürgernahen Europas einsetzen, das die Bürger stärker integriert und für die Idee der europäischen Einigung begeistert. Eine besondere Rolle kommt dabei den Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu. Sie sind Mittler und Botschafter und stärken das positive Image der EU. Künftige EU-Beiträge hängen nicht nur von der vollständigen Erfüllung der Beitrittskriterien, sondern auch von der Aufnahmebereitschaft der EU ab. Die Sächsische Union begrüßt, dass Manfred Weber als Spitzenkandidat für die Europawahl, die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei beenden will.

Strukturelle Ziele

Wir brauchen ein Europa, das sich für Frieden und Demokratie einsetzt. Die Europäische Union muss sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren, um ihren Anspruch mit den beschränkten, ihr zur Verfügung stehenden Mitteln erfüllen zu können.

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, das Subsidiaritätsprinzip noch stärker mit Leben zu füllen. Was in den Regionen, zum Beispiel im Freistaat Sachsen oder in den Nationalstaaten, besser entschieden werden kann, soll auch hier entschieden werden. Wir brauchen eine deutliche Stärkung der Subsidiarität. Die Bürger in Europa haben ein Recht, über Grundsatzfragen mitzuentcheiden. Die Europäische Kommission steht in Verantwortung, das Subsidiaritätsprinzip einzuhalten und durchzusetzen. Darüber hinaus muss das bestehende System der Subsidiaritätskontrolle so überarbeitet werden, dass am Ende weniger, aber effizientere Regelungen stehen. Wir werden erforderlichenfalls im Bundesrat stärker von der Möglichkeit der Subsidiaritätsrüge Gebrauch machen.

Die Nähe zu den Regionen sollte mit regionalen Dialogformaten der Kommission gestärkt werden. Die erfolgreichen Sachsengespräche von Ministerpräsident Michael Kretschmer könnten auch auf europäischer Ebene eingeführt werden. Jede Kommissarin und jeder Kommissar steht den Menschen vor Ort Rede und Antwort.

Die Sächsische Union wird sich dafür einsetzen, dass es nicht zu einer Europäischen Union mit Mitgliedern unterschiedlicher Klassen kommt. Die auf EU-Ebene zurzeit diskutierte Entwicklung einer Europäischen Union der verschiedenen Geschwindigkeiten birgt die Gefahr, dass gerade die mittel- und osteuropäischen Länder wieder vom Geleitzug abgehängt werden. Das wäre das Ende des europäischen Integrationsprozesses.

FÜR SACHSENS ZUKUNFT. UNSER EUROPA.

Die Sächsische Union spricht sich dafür aus, bei der Ansiedlung von EU-Agenturen in den EU-Mitgliedstaaten dafür Sorge zu tragen, dass es zu einer ausgewogenen Verteilung kommt, bei der auch die mittel- und osteuropäischen Staaten besser berücksichtigt werden.

Nutzung der Strukturfonds im Freistaat Sachsen

Der Freistaat Sachsen hat die EU-Strukturfondsgelder bisher sehr nachhaltig genutzt: In den vergangenen 28 Jahren haben wir auch mit Unterstützung der EU den Freistaat Sachsen wieder aufgebaut. Bisher haben wir den größten Teil des Aufholprozesses gemeistert. Eine Unterstützung durch die EU-Strukturförderung ist aber weiterhin notwendig. Ein Rückgang der Förderung würde eine erhebliche Beeinträchtigung der Wachstumsbedingungen zur Folge haben und den Aufholprozess gefährden.

Der Freistaat Sachsen steht immer noch vor besonderen strukturellen Herausforderungen: Die sächsischen Regionen sind weiterhin geprägt von kleinteiligen Wirtschafts- und Unternehmensstrukturen sowie einer ungleichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den ländlich geprägten Grenzräumen. Die ländlichen Räume in Sachsen dürfen nicht abgehängt werden, sondern müssen den Anschluss an die Zentren finden und halten und für die vom Industriewandel besonders betroffenen Regionen im Freistaat Sachsen sind die Ansiedlung von neuen und die Sicherung bestehender Wirtschaftszweige von hoher Bedeutung.

Damit sich die Anstrengungen des Strukturwandels auch in den europäischen Beihilferegeln widerspiegeln, setzen wir uns dafür ein, die europäischen Wettbewerbsregeln für die vom Ausstieg aus der Braunkohle unmittelbar betroffenen Regionen so anzuwenden, dass die Ansiedlung neuer Branchen und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt wird. Flexible Regeln für die betroffenen Regionen müssen möglich sein.

Wir brauchen auch künftig hinreichende Mittel für die Strukturfondsförderung in Sachsen. Auch darf das Fördergefälle zu den Nachbarregionen in Polen und Tschechien nicht zu groß werden. Schließlich muss die EU-Förderung grundlegend vereinfacht werden.

In den Grenzregionen bedarf es auch weiterhin einer finanziell stark ausgestatteten grenzübergreifenden EU-Förderung zur Zusammenarbeit mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik.

Bildung, Forschung und Entwicklung

Der Freistaat Sachsen ist ein moderner Forschungs- und Industriestandort. Er gehört zu den führenden Innovationsregionen Europas. Sachsen verfügt über 14 Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen in öffentlicher Trägerschaft. Im Land forschen über zehntausend Wissenschaftler an über 40 außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen sowie etwa ebenso viele in über 800 kontinuierlich Forschung und Entwicklung betreibenden Unternehmen. Innovatives Rückgrat der Wirtschaft sind

FÜR SACHSENS ZUKUNFT. UNSER EUROPA.

dabei die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Wir werden uns dafür einsetzen, dass Forschung und Entwicklung auch in den ländlichen Räumen des Freistaats stattfindet.

Erasmus+ ist eine Erfolgsgeschichte und ein einzigartiges EU-Programm zur Festigung des Zusammenhaltes innerhalb der Europäischen Union. Perspektivenwechsel bereichern! So fördert Erasmus+ das Europabewusstsein und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Völkerverständigung über die Grenzen der EU hinaus. Deshalb setzt sich die Sächsische Union für die Stärkung des Mobilitätsprogramms und die Erweiterung der Programmländer ein.

Die Sächsische Union plädiert insoweit insbesondere für eine weitere Stärkung der Austauschprogramme für Schüler, Auszubildende, Studenten und junge Forscher sowie im Bereich der Berufsbildung über Erasmus+ und dafür, dass diese Programme gegenüber dem heutigen Stand in ihrer Anwendung wesentlich vereinfacht werden.

Die sächsische Forschungslandschaft profitiert seit vielen Jahren von der EU-Förderung. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Die Sächsische Union begrüßt die Entscheidung der EU, der Forschungsförderung weiter eine hohe Priorität einzuräumen.

Wir unterstützen die Innovationsorientierung der europäischen Förderung, von der wir z.B. im Silicon Saxony profitieren. Zur Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der EU sind derartige Förderungen weiter unabdingbar. KMU sind das Rückgrat innovationsorientierter Volkswirtschaften. Daher ist es notwendig, die Beteiligung von KMU in allen Bereichen des Rahmenprogramms zu steigern.

Schlüsseltechnologien sind wegen ihrer branchenübergreifenden Potenziale Innovationstreiber. Um das volle Potenzial der Schlüsseltechnologien zu erschließen, sollten sie auch weiterhin in der EU-Forschung und Innovationsförderung gezielt und strategisch gefördert werden. Das EU-Forschungsrahmenprogramm darf nicht aus Komplexitätsgründen auf wenige Antragsteller begrenzt werden. Es muss für Akteure unterschiedlicher Art und Größe gleichermaßen zugänglich und attraktiv bleiben. Daher setzt sich die Sächsische Union für eine Entbürokratisierung des Forschungsrahmenprogramms ein. Dadurch gewährleisten wir eine schnellere Antragstellung und Vorteile beim Wettbewerb um die besten Forscherinnen und Forscher für Sachsen.

Die Sächsische Union wird Maßnahmen fördern, mit denen durch europäische Fördermittel angestoßene Forschungs- und Entwicklungsergebnisse im Freistaat nachhaltig zu marktfähigen Produkten weiterentwickelt werden können. Wir werden uns verstärkt für die Förderung und Begleitung von Firmenausgründungen einsetzen.

Weiterhin werden wir die Tätigkeit der Zentralen EU-Serviceeinrichtung Sachsen (ZEUSS) zur Beratung und Unterstützung der Hochschulen hinsichtlich einer Beteiligung an den EU-Forschungsförderungsprogrammen fortsetzen und weiterentwickeln.

FÜR SACHSENS ZUKUNFT. UNSER EUROPA.

Landwirtschaft

Der Landwirtschaftssektor als einer der Gründungssektoren der EU und die ländlichen Räume sind äußerst wichtige Regionen für die Entwicklung der Europäischen Union. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) garantiert Ernährungssicherheit für 450 Millionen Menschen in Europa. Der Agrarsektor beschäftigt ca. 22 Mio. Menschen, mit vor- und nachgelagerten Bereich sind es zusammen ca. 44 Mio. Beschäftigte.

Eine GAP nach 2020 sollte eine Vereinfachung bei der Anwendung und Durchführung – unter Beibehaltung der 2-Säulen-Struktur – in den Fokus stellen. Landwirtschaftsbetriebe haben seit langem eine multifunktionale Aufgabe im ländlichen Raum, da sie sowohl die natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft und Biodiversität managen als auch die Traditionen des Zusammenlebens in den ländlichen Regionen prägen. Gleichzeitig leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Wertschöpfung und für das Gemeinwohl, besonders durch die enge Vernetzung mit dem örtlichen Handwerk und der mittelständischen Wirtschaft. Landwirtschaft ist eine wirtschaftliche Tätigkeit und Landwirte sollten als Unternehmer betrachtet werden.

Für Sachsen ist die Zukunft der Landwirtschaft von großer Bedeutung. Deshalb ist es notwendig, auch nach 2020 ein leistungsfähiges und wirksames System der Direktzahlungen zu gewährleisten. Nur so kann sichergestellt werden, dass heimische Produkte auch weiterhin auf unseren Märkten angeboten werden können und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten bleiben.

EU-weite verbindliche Vorgaben für Fördergrenzen pro Betrieb lehnen wir ab, da Betriebsgrößen nicht europaweit vergleichbar sind und dies der besonderen historischen Entwicklung in Ostdeutschland nicht Rechnung trägt.

Der Freistaat Sachsen ist geprägt durch den ländlichen Raum. In der laufenden Förderperiode wurde der LEADER-Ansatz¹ nahezu flächendeckend umgesetzt, so dass nunmehr hauptsächlich die Akteure im ländlichen Raum die Budgetverantwortlichkeit besitzen. Die vorgeschlagenen neuen Umsetzungsstrukturen für den ELER² dürfen nicht dazu führen, dass die Förderung aus dem ELER auf nationaler Ebene zentralisiert wird und bestehende regionale Gestaltungsspielräume verloren gehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die zukünftige EU-Agrarpolitik so ausgestaltet wird, dass sie für alle Beteiligten Verlässlichkeit und faire Wettbewerbsbedingungen bringt sowie die Landwirtschaft nachhaltig, also wirtschaftlich, sozial und umweltverträglich gestaltet.

Dazu gehört auch eine solide Finanzierung des europäischen Agrarhaushalts. Insoweit werden die insbesondere im Bereich der zweiten Säule (ELER/Entwicklung des ländlichen Raumes) von der EU vorgeschlagenen unverhältnismäßigen Kürzungen und die Anhebung der Kofinanzierungssätze abgelehnt.

¹ LEADER steht für "Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale" (Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft).

² Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Sicherheit nach innen und außen

Ein Europa ohne Binnengrenzen setzt gesicherte Außengrenzen voraus. Doch Europa hat auch eine weitere Friedensfunktion, die sich nicht mehr allein in der Unterbindung kriegerischer Auseinandersetzungen unter den Mitgliedstaaten entfaltet, sondern auch in der Sicherung des sozialen Friedens mit allen seinen Aspekten.

Die Fähigkeit, sich gegen innere und äußere Bedrohungen zur Wehr zu setzen, ist ein Garant sicherer sozio-politischer und ökonomischer Entwicklungen. Deshalb müssen wir die europäische Sicherheitsarchitektur weiter stärken. Dabei ist insbesondere die Frage der gemeinsamen Grenzsicherung unerlässlich.

Die EU muss zur Bekämpfung von Schlepperkriminalität exterritoriale Schutzzonen einrichten, in denen zwingend der Antrag auf Asyl oder auf einen Schutzstatus zu stellen ist. Bereits in die EU gelangte Personen sind in diese Schutzeinrichtungen zu bringen, um den Anreiz einer gefährlichen Passage zu nehmen und Chancengleichheit für Schutzbedürftige zu schaffen. Wir halten eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber in allen Mitgliedstaaten der EU für erforderlich.

Die Sächsische Union befürwortet alle Anstrengungen, Staaten mit Schengen-Außengrenzen weiter zu unterstützen. Sie müssen auf die Solidarität und Hilfe der übrigen Mitgliedstaaten zählen können, denn die Grenzsicherung ist nicht allein deren Aufgabe, sondern ein Gemeinschaftswerk. Nur so ist eine wirksame Grenzsicherung möglich. Die Grenzschutzagentur Frontex soll dabei den EU-Grenz- und Küstenschutz gewährleisten. Wir sind hierzu auch bereit, unseren Beitrag zu leisten und Polizeikräfte aus Sachsen abzustellen. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniert, halten wir Binnengrenzkontrollen für erforderlich. Wir wollen, dass insbesondere auch die Grenz- und Drogenkriminalität im Rahmen abgestimmter Maßnahmen mit unseren Nachbarn in der EU stärker bekämpft wird, um beispielsweise den Drogenimport aus unseren Nachbarländern zu unterbinden. Wir setzen uns für die Fortführung und Verstärkung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit ein.

Da Sicherheit im Inneren auch auf gegenseitige, staatenübergreifende Unterstützung im Katastrophenfall setzen muss, werden wir auch diese Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten weiter ausbauen. Der EU kann insoweit eine koordinierende Funktion zukommen. Die Notwendigkeit einer eigenen operativen Zuständigkeit der EU besteht jedoch nicht, und wir halten diese ebenso wenig für erforderlich wie eine diesbezügliche Kontrollkompetenz der EU gegenüber den Mitgliedstaaten.

Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Währung und Finanzen

Sachsen ist eine starke Region im Herzen Europas. Wegen unserer Lage an der Grenze zur Republik Polen und der Tschechischen Republik und wegen der zunehmenden Exportorientierung unserer heimischen Wirtschaft, sind der europäische Binnenmarkt, die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die gemeinsame europäische Währung für unser Land sehr wichtig. Wir unterstützen die Bestrebungen der EU zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Jedoch warnen wir vor überzogenen Vorschlägen der EU-Kommission, die vielfach zu kleinteilig handelt und zu weit in die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten hineinregiert.

Die Sächsische Union weiß um die Notwendigkeit, europäisch und international konkurrenzfähig zu bleiben. Aus diesem Grund wird auch zukünftig ein Schwerpunkt auf der raschen, in absehbarer Zeit abzuschließenden Digitalisierung in Sachsen (Breitband für alle, Modernisierung, Fortbildung) liegen. Doch digitale Transformation ist europaweit nur möglich, wenn individuelle Freiheitsrechte weiterhin gewährleistet werden. Sicherheit und Freiheit schließen sich nicht kompromisslos aus. Wir treten für den Schutz der Urheber und des immateriellen und intellektuellen Eigentums ein, jedoch sprechen wir uns für Lösungen mit Augenmaß aus. Deswegen darf der Grundgedanke des Freien Internets nicht derart beschnitten werden, dass die Meinungsfreiheit oder andere immanente Grundrechte der EU-Charta eingeschränkt werden.

Wir wollen Regelungen aufheben, die die klein- und mittelständisch geprägte sächsische Wirtschaft belasten. Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass EU-Regelungen grundsätzlich eins zu eins umgesetzt werden, das heißt, dass es dabei zu keinen Verschärfungen für Bürger auf Bundes- oder Landesebene kommt.

Die Sächsische Union steht für einen starken EURO unter Einhaltung der Stabilitätskriterien. Gleichzeitig ist es wichtig, ostmitteleuropäischen Ländern, wie unseren Nachbarn Tschechische Republik und der Republik Polen, den Weg in den europäischen Währungsraum zu ebnen, sofern sie selbst diesen Weg gehen wollen. Wir sind gegen die Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds oder Altschuldenfonds.

Wir unterstützen Anstrengungen, wirtschaftliche Kooperationen voranzutreiben, möglicherweise auch in Form von grenzüberschreitenden Metropolregionen zu forcieren. Dazu soll Sachsen selbst zu einer exzellent vernetzten Metropolregion entwickelt und somit als Logistikkreuzung ausgebaut werden. Eine durchgehende Bahnverbindung zwischen Krakau – Breslau – Dresden – Hamburg soll dabei eine Selbstverständlichkeit sein. Der Bau der Hochgeschwindigkeitsschienenverbindung Dresden – Prag außerhalb des Elbtals ist im Rahmen des Ausbaus der Transeuropäischen Netze (TEN-V) zügig voranzutreiben.

Wir wollen, dass insbesondere Familien in Europa beste Bedingungen haben und Kinder gut und sicher aufwachsen.

FÜR SACHSENS ZUKUNFT. UNSER EUROPA.

Sachsen in Europa und Europa in Sachsen

Sächsische Interessen müssen auch weiterhin auf der europäischen Ebene und vor Ort in unseren Nachbarländern vertreten werden. Daher sollen die Verbindungsbüros in Brüssel, Breslau und Prag auch weiterhin diese wichtige Brückenfunktion innehaben.

Die Europafähigkeit der Staatsregierung und der sächsischen Staatsverwaltung sollen weiter verbessert werden. Über den Personalpool Europa sollen auch künftig Verwaltungsmitarbeiter des Freistaates Sachsen als Nationale Experten an die Institutionen der EU abgeordnet werden.

Die Europafähigkeit des Sächsischen Landtags soll durch die Fortführung des Landtags-Verbindungsbüros in Brüssel und die erneute Einsetzung des Europa-Ausschusses im Landtag weiterhin gewährleistet werden. Wir werden uns auch weiterhin auf allen Ebenen für den Gebrauch der deutschen Sprache in den Institutionen der EU als gleichwertiger Arbeitssprache einsetzen.

Wir setzen uns für die Pflege und den Erhalt der kulturellen und christlich-jüdischen Werte Europas ein, indem diese in Schule und Bildungseinrichtungen vermittelt werden. Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, das Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die EU zu fördern und Europakompetenz stärker zu vermitteln.

Wir bekennen uns zu Europa und damit auch zu unserer Verantwortung für eine europapolitische Öffentlichkeitsarbeit. Insofern wollen wir neben der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung Initiativen öffentlicher und privater Träger sowie Veranstaltungen, die dem Europagedanken dienen, künftig finanziell unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, den Europagedanken sowohl in der schulischen Bildung als auch im Rahmen politischer (Erwachsenen-)Bildung zu stärken und wir wollen den Austausch zwischen den Mitgliedstaaten in Schule, Ausbildung, Hochschule, Arbeit, Wirtschaft, Sport, Kultur und Religion weiterhin unterstützen.

